

**Kleine Anfrage
für die Fragestunde**

Hannover, den 01.06.2021

Fraktion der CDU

Antisemitismus in Niedersachsen - welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung?

Vor dem Hintergrund des jüngsten Nahostkonflikts zwischen Israel und der Terrororganisation Hamas haben auf deutschen Straßen verschiedene judenfeindliche Demonstrationen stattgefunden. Offener Hass und Hetze gegen Jüdinnen und Juden waren fester Bestandteil der Demonstrationen. Israelische Fahnen und Symbole wurden verbrannt, Demonstrationsteilnehmer skandierten antisemitische Parolen, es gab Angriffe auf jüdische Einrichtungen und Synagogen.

Die israelfeindlichen Versammlungen und Protestaktionen in den letzten Wochen offenbaren nach Ansicht von Beobachtern, dass wir in Deutschland ein wachsendes Problem mit einer Personengruppe aus dem islamischen Kulturkreis mit offensichtlich antisemitischen Einstellungen haben. Die Auslöser der antijüdischen Proteste und Ausschreitungen waren nach Medienberichten auch Jugendliche mit arabischen Wurzeln, aber auch türkische Rechtsextremisten.

1. Welche Maßnahmen hat das Justizministerium bisher ergriffen, um Antisemitismus in allen Erscheinungsformen wirksam entgegenzutreten?
2. Welche weiteren Präventionsmaßnahmen sind darüber hinaus geplant?
3. Sieht die Landesregierung neben Präventionsmaßnahmen weiteren Handlungsbedarf, um Antisemitismus wirksamer und effektiver als bisher bekämpfen zu können?

Dirk Toepffer
Fraktionsvorsitzender